

1 . G E M E I N D E V E R S A M M L U N G

Dienstag, 17. Juni 2014, 20:00 Uhr

in der Mehrzweckhalle Löhrenacker

Vorsitz: Marianne Hollinger, Gemeindepräsidentin

Protokoll: Christian Wehrly, Verwaltungsleiter-Stv.

Anwesend: Es sind ca. 100 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger anwesend

Entschuldigt: ---

Traktanden

1. Beschlussprotokoll der Gemeindeversammlung vom 28. November 2013
2. Besprechung und Beschlussfassung über die Jahresrechnung 2013
3. Besprechung und Beschlussfassung zur zukünftigen Pensionskassen-Lösung für das Gemeindepersonal (inkl. Anpassung Personalreglement §§ 20, 21 und 69)
4. Besprechung und Beschlussfassung über die Sanierung der Mehrzweckhalle Löhrenacker; Erforderlicher Kredit CHF 3.71 Mio.
5. Besprechung und Beschlussfassung über die Teilrevision des Personalreglements (§ 16)
6. Entgegennahme des Berichtes der Geschäftsprüfungskommission für das Jahr 2013
7. Verschiedenes / Fragestunde / Informationen

Begrüssung

Die Gemeindepräsidentin **Marianne Hollinger** begrüsst die anwesenden Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die Gäste und die Presse im Namen der Gemeinderatskolleginnen und -kollegen zur 1. Gemeindeversammlung des Jahres 2014.

Die nicht stimmberechtigten Personen werden aufgefordert, sich auf die speziellen Plätzen für Gäste in der linken Hallenhälfte zu setzen. Marianne Hollinger bittet um Erlaubnis, die Versammlung auf Tonband aufzunehmen. Dies vereinfache das Schreiben des Protokolls. Marianne Hollinger erkundigt sich, ob jemand dagegen sei; dies ist nicht der Fall.

Die Gemeindeversammlung wird offiziell eröffnet.

Wahl der Stimmenzähler

Marianne Hollinger schlägt als Stimmenzähler für die Versammlung nachfolgende Mitglieder des Wahlbüros vor. Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

- Stefan Meyer
- Iris Allemann
- Karin Buchwalder
- Nadja Saladin

Abstimmung

::: Die folgenden Personen vom Wahlbüro werden einstimmig als Stimmenzähler gewählt:

- **Stefan Meyer**
- **Iris Allemann**
- **Karin Buchwalder**
- **Nadja Saladin**

1	26.02	Gemeindeversammlung / Durchführung, Anlass
		Beschlussprotokoll der Gemeindeversammlung vom 28.11.2013
		Traktandum 1

Matthias Gysin, Verwaltungsleiter, verliest die Beschlüsse des Protokolls der Gemeindeversammlung vom 28.11.2013.

Es gibt keine Wortmeldungen zum Protokoll.

Abstimmung

::: Das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 28.11.2013 wird einstimmig genehmigt.

2 20.09 Jahresrechnungen

Jahresrechnungen / Besprechung und Beschlussfassung über die Jahresrechnung 2013

Traktandum 2

Andreas Spindler freut sich, der Versammlung im Namen des Gemeinderates die Rechnung 2013 präsentieren zu dürfen. Man dürfe ruhig erwähnen, dass es nicht ganz so schlimm gekommen sei wie angenommen. Die Wolken, welche in der alten Grafik über dem Schloss aufgezogen seien, hätten immerhin kein Gewitter über den Gemeindefinanzen ausgelöst. Aber Aesch müsse in Zukunft den Gürtel etwas enger schnallen, es werde sicher nicht einfacher in den nächsten Jahren.

Laufende Rechnung

Übersicht	Rechnung 2013	Budget 2013	Rechnung 2012
Aufwand	39'239'406	40'617'780	40'872'562
<i>Budg.-Abw.</i>	- 3,4 %		
Ertrag	38'989'812	38'833'300	44'247'664
<i>Budg.-Abw.</i>	+ 0,4 %		
Ergebnis vor Abschluss	- 249'594	- 1'784'480	3'375'102
Ergebnis nach Abschluss	- 249'594	- 1'784'480	+ 6'605

Andreas Spindler erläutert die wichtigsten Einflüsse, welche zu diesem Ergebnis geführt haben. Die vorliegende Rechnung weise ein Minus von rund CHF 250'000 aus. Budgetiert sei ein Minus von CHF 1'784'000 worden. Das Ergebnis beinhalte einen Buchgewinn von CHF 340'000 aus dem Verkauf einer Liegenschaft an der Jurastrasse. Ohne diesen Liegenschaftsverkauf würde die Rechnung ein Minus von rund CHF 590'000 ausweisen. Die mit der RPK, der Finanzplanungskommission und der Gemeindekommission vereinbarten Sparmassnahmen von rund CHF 500'000 (zum Beispiel weniger baulicher Unterhalt, Einsparungen beim Büromaterial etc.) würden greifen. Auch die Erträge hätten gegenüber der ursprünglichen Planung um rund CHF 100'000 erhöht werden können. Diese würden sich aus Rückerstattungen, weniger Sozialhilfebezüge und einer besseren Schuldenbewirtschaftung zusammensetzen.

Andreas Spindler stellt den detaillierten Rechnungsabschluss 2013 anhand einer Powerpoint-Präsentation (s. Protokollanhang) vor und erläutert die Ergebnisse detailliert. Aufgrund des negativen Ergebnisses von CHF 249'594 gebe es keine Gestaltungsmöglichkeiten. Er bittet die Gemeindeversammlung im Namen seiner Kolleginnen und Kollegen dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen und die Rechnung wie vorliegend zu genehmigen.

Marianne Hollinger dankt Andreas Spindler für die Präsentation der Jahresrechnung 2013.

Empfehlung der Gemeindekommission

Ernst Ruch, Präsident der Gemeindekommission, erklärt, die Gemeindekommission sei vom Gemeinderat zur Jahresrechnung 2013 ausführlich informiert worden und in der Detailberatung seien die Fragen der Gemeindekommission durch den Gemeinderat und den Leiter der Finanzabteilung umfassend und zufriedenstellend beantwortet worden. Die Gemeindekommission empfiehlt der Gemeindeversammlung einstimmig die Annahme der Rechnung 2013.

Stellungnahme RPK

Paul Nicolet, Präsident der Rechnungsprüfungskommission, erklärt, dass die BDO Visura im Auftrag der Rechnungsprüfungskommission proaktiv verschiedene Bereiche geprüft habe. So seien beispielsweise die Spesen, die Entschädigungen aus Kommissionen, die Entschädigungen aus Mandatsaufträgen, die Verwaltungsrats honorare und die Ferien- und Überzeitenregelung genau überprüft worden. Die Rechnungsprüfungskommission könne bestätigen, was auch BDO Visura bestätigt habe: In der Gemeinde Aesch werde alles reglementskonform abgewickelt.

Marianne Hollinger dankt Paul Nicolet für seine Ausführungen und ergänzt, dass die Prüfung auch den Gemeinderat eingeschlossen habe.

Wortmeldungen

Peter Augsburger erklärt, dass er dem Geschäftsbericht der GPK entnommen habe, dass der Landverkauf an der Jurastrasse vor dem dort geplanten Quartierplanverfahren getätigt worden sei. Er erkundigt sich, ob bei der Verkaufspreisgestaltung der geplante Quartierplan berücksichtigt worden sei, beziehungsweise ob es eine Schätzung gäbe, welche aufzeige, was das Grundstück nach dem Quartierplanverfahren wert sei.

Andreas Spindler erklärt, dass das Grundstück vor dem Verkauf geschätzt worden sei. Der erzielte Verkaufspreis könne für die Lage als sehr gut bezeichnet werden. Zum Zeitpunkt des Verkaufs seien dem Gemeinderat keine Informationen für einen geplanten Quartierplan vorgelegen.

Abstimmung

://: Die Jahresrechnung 2013 wird einstimmig genehmigt. Das Ergebnis kann mit dem Eigenkapital verrechnet und auf die neue Rechnung vorgetragen werden.

3 31.03 Personal / Angestellte

Pensionskasse / Besprechung und Beschlussfassung zur zukünftigen Pensionskassen-Lösung für das Gemeindepersonal (inkl. Anpassung Personalreglement §§ 20, 21 und 69)

Traktandum 3

Marianne Hollinger informiert über die Situation der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) und die Auswirkungen auf die Gemeinde und das Gemeindepersonal mittels Powerpoint-Präsentation folgenden Inhalts:

<i>Bisher</i>	<i>Ab 01.01.2015</i>
- Abstimmung vom 18.05.2014 über Ausfinanzierung der Deckungslücke ✓ Kanton übernimmt Lehrpersonen ✓ Gemeinde trägt restlichen Gemeinde-Angestellten Detaillierte Abhandlung erfolgt im Rahmen des Budgets 2015	- Übernahme des kantonalen Versicherungsmodells - Jährlicher Kassenwechsel möglich
Abstimmung vom 18.05.2014 über Ausfinanzierung der Deckungslücke	Folgende Anpassungen sind vorzunehmen: a) Wechsel zum Beitragsprimat

✓ Kanton übernimmt Lehrpersonen ✓ Gemeinde trägt restlichen Gemeinde-Angestellten Detaillierte Abhandlung erfolgt im Rahmen des Budgets 2015	b) Erhöhung Rentenalter von 64 auf 65 Personalreglement § 20 Abs.1 anpassen c) Keine Beiträge an Frühpensionierung Personalreglement § 21 ersatzlos streichen d) Erhöhung der Arbeitnehmerbeiträge von 42% auf 45% e) Freie Wahl der Pensionskasse durch die Gemeinde-Personalreglement § 69 Abs. 1 und 2
--	--

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung:

1. Den Änderungen im Personalreglement betreffend §20 Abs. 1, § 21 und § 69 Abs. 1 und 2 zuzustimmen.
2. Die Leistungen einer einmaligen Ausgleichszahlung an die Pensionskasse betreffend Besitzstand im Betrag von CHF 590'000 zu Lasten der vorhandenen Rückstellung Pensionskasse zu genehmigen.

Empfehlung der Gemeindekommission

Ernst Ruch, Präsident der Gemeindekommission, erklärt, die Gemeindekommission sei vom Gemeinderat gut über die zukünftige Pensionskassen-Lösung für das Gemeindepersonal (inkl. Anpassung Personalreglement §§ 20, 21 und 69) informiert worden. Die verschiedenen Fragen seien zur Zufriedenheit beantwortet worden und die Gemeindekommission könne der Gemeindeversammlung die Vorlage einstimmig zur Annahme empfehlen.

Wortmeldungen

Keine

Abstimmung

- ://: Der Änderung im Personalreglement betreffend § 20 Abs. 1, § 21 und § 69 Abs. 1 und 2 wird einstimmig bei einigen Enthaltungen zugestimmt.**
- ://: Der Leistung einer einmaligen Ausgleichszahlung an die Pensionskasse betreffend Besitzstand im Betrag von CHF 590'000 zu Lasten der vorhandenen Rückstellungen Pensionskasse wird mit grossem Mehr bei einigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen zugestimmt.**

4 41.27

Mehrzweckhalle Löhrenacker

Sanierung Mehrzweckhalle Löhrenacker / Besprechung und Beschlussfassung über die Sanierung der Mehrzweckhalle Löhrenacker (erforderlicher Kredit CHF 3.71 Mio.)

Traktandum 4

Marianne Hollinger stellt die beiden Experten vor, welche zu Beginn der Gemeindeversammlung für dieses Traktandum angekündigt worden sind. Es sind dies Markus Vögtlin, Architekt aus Aesch und Urs Gerster, externer Projektleiter dieser Vorlage.

Eveline Sprecher freut sich sehr, heute die Sanierung der Mehrzweckhalle vorstellen zu dürfen. Das Geschäft sei bereits im letzten September traktandiert gewesen. Aufgrund kritischer Fragen und Anregungen sei das Geschäft damals aber wieder zurückgezogen und nochmals überarbeitet worden. Die Projektgruppe habe sich zuerst überlegt, wer die Mehrzweckhalle nutze. Es seien dies Schulen für ihren Sportunterricht und Vereine für Trainings und Anlässe. Die Halle würde aber auch für kulturelle Anlässe genutzt. All diese Überlegungen seien nun bei der Sanierungsvorlage berücksichtigt worden, sodass die Halle auch in Zukunft einer breiten Nutzung zur Verfügung stehen könne. Die Halle sei im Hauptbetrieb zu 90 % ausgelastet, während der Ferien etwas weniger. Dies sei auch der Grund gewesen die Halle zu sanieren und keine neue zu bauen, welche ca. 10 – 12 Mio. Franken kosten würde.

Eveline Sprecher stellt das Projekt anhand einer Powerpoint-Präsentation detailliert vor (s. Protokollanhang) und bittet die Versammlung, dem Antrag von CHF 3.71 Mio. zuzustimmen.

Marianne Hollinger dankt Eveline Sprecher für die Präsentation des Projekts.

Empfehlung der Gemeindekommission

Ernst Ruch, Präsident der Gemeindekommission, erklärt, die Gemeindekommission sei vom Gemeinderat ausführlich über die geplante Sanierung der Mehrzweckhalle informiert worden. Die Gemeindekommission habe bei ihrer Beratung die neue Vorlage auch mit derjenigen vom letzten September verglichen; die damalige Vorlage sei zu wenig detailliert und mit zu hohen Kosten verbunden gewesen. Die neue Vorlage sei nun umfassender und gebe viel besseren Einblick in die verschiedenen geplanten Projekte für die Hallensanierung. Die vielseitigsten Fragen der Gemeindekommission seien durch den Gemeinderat zur Zufriedenheit aller beantwortet worden. Den Kredit über CHF 3.71 Mio. für die Sanierung der Mehrzweckhalle empfiehlt die Gemeindekommission mit 10 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen grundsätzlich zur Annahme.

Lange habe die Gemeindekommission darüber diskutiert, weshalb die ursprünglich vorgesehene Fotovoltaik Anlage nicht mehr eingeplant sei und ob eine solche bei der Sanierung nicht auch zu berücksichtigen wäre.

Die Gemeindekommission stellt - mit 6 : 6 Stimmen und Stichentscheid des Präsidenten - folgenden Antrag zu Händen der Gemeindeversammlung: *„Es sind gleichzeitig mit der Kreditsprechung für die Sanierung der Halle CHF 250'000 als Investitionskredit für die Installation einer Fotovoltaik Anlage auf der Mehrzweckhalle zu bewilligen.“*

Wortmeldungen

Urs Küng erklärt, dass die CVP Eveline Sprecher an die Parteiversammlung eingeladen habe, um sich informieren zu lassen. Die CVP sei zum Entschluss gekommen, dass man dem Geschäft wie vorliegend zustimmen könne. Die Löhrenackerhalle sei eine wichtige Halle für Gewerbe, Sport und Vereine, welche in Schwung gehalten werden müsse. Auf gewisse Punkte wolle die CVP jedoch hinweisen: Trotz Sanierung befinde sich in der neuen Löhrenackerhalle keine Toilette für Behinderte. Im letzten Dezember sei gesagt worden, dass die Planung für die Sanierung abgeschlossen sei. Die CVP warte inskünftig gerne nochmals sechs Monate, wenn das Projekt dann CHF 600'000 günstiger werde. Ebenso wurde bemerkt, dass ein zusätzlicher Planungskredit über CHF 45'000 im 2013 vom Gemeinderat bewilligt worden sei. Das habe die CVP erstaunt, da der alte Kredit noch nicht aufgebraucht sei. Bei der Sanierung solle wenn immer möglich Aescher Gewerbe berücksichtigt werden. Wenn dies nicht möglich sei,

sei regionales Gewerbe zu berücksichtigen. Für Fotovoltaik Anlage würde die CVP- aber auch er persönlich - nur Investitionen tätigen, wenn sich diese rechnen liessen.

Christine Koch erklärt, dass sich auch die SP eingehend von Eveline Sprecher habe informieren lassen. Die Fragen seien ausführlich beantwortet worden. Die SP stehe grossmehrheitlich hinter dem Projekt. Man sei erstaunt gewesen, dass die Fotovoltaik Anlage nicht mehr im Projekt sei. Die SP unterstützte den Antrag der Gemeindegemeinschaft, die Fotovoltaik Anlage wieder ins Projekt aufzunehmen. Die Anlage sei seit ca. drei Jahren in der Investitionsrechnung und die SP wolle, dass dies so bleibe. Wenn die Anlage der KEV angemeldet werde, erhalte Aesch einen Vertrag. Das dauere zwar ein paar Jahre, aber trotzdem lege die SP Wert darauf, die Fotovoltaik Anlage in der Investitionsrechnung zu belassen, damit man mit dem Bau beginnen könne, wenn der Vertrag eintreffe. Christine Koch erinnert daran, dass die Gemeinde Aesch ein eigenes Energiekonzept habe. Darin stehe ausdrücklich, dass man Fotovoltaik Anlagen auf gemeindeeigenen Gebäuden errichten wolle. Die Garage Hollenstein habe auf Wunsch der Gemeinde eine grosse Anlage auf ihrem Dach installiert, was vorbildlich sei. Sie lege der Versammlung ans Herz, das Geld für die Fotovoltaik Anlage zu sprechen.

Heiner Gammeter, FDP, erklärt, dass man im Moment von drei Sachen spreche: Der Sanierung der Mehrzweckhalle, der Energiestadt Aesch und von einer Investition in eine im Moment sinnvolle, aber vielleicht noch unsichere Fotovoltaik Anlage. Er persönlich und hinter ihm die FDP würden das Ganze trennen. Jetzt solle über die Sanierung abgestimmt werden. Die Fotovoltaik Anlage sei als zweites Geschäft zu behandeln. Die Fotovoltaik Anlage sei unbestritten, aber erst wenn diese rentabel betrieben werden könne.

Peter Lehner, SVP, erklärt, es sei unbestritten, dass die Halle saniert werden müsse. Fraglich sei, ob es eine Küche für CHF 550'000 brauche. Für dieses Geld erhalte man die Küche eines mittleren Spitals. Man habe erfahren, dass in der Mehrzweckhalle nicht gekocht werde. Wer würde CHF 550'000 in eine Küche investieren, in welcher nicht gekocht wird? Anhand eines Rechnungsbeispiels erklärt Peter Lehner, dass bei Grossanlagen die Küche pro Anlass CHF 5'500 kostet. Für dieses Geld könne die Gemeinde einen Caterer finanzieren und alle Vereine wären froh. Er sei der Meinung und stelle deshalb den persönlichen Antrag, für die Küche nur CHF 300'000 einzusetzen. CHF 550'000 seien eindeutig zu viel.

Zur Fotovoltaik Anlage sei zu bemerken, dass es nicht ganz so sei, wie vorhin am Beispiel der Garage Hollenstein gezeigt. Es gebe Bauauflagen, welche auch er beim Bau seines Hauses habe berücksichtigen müssen. Bei der Sanierung eines Gebäudes bestehe jedoch keine Verpflichtung, eine Fotovoltaik Anlage zu installieren. Strom sei bis heute nicht speicherbar und Strom gebe es eindeutig zu viel. In Deutschland hätten bereits Kraftwerke abgeschaltet werden müssen. Eine Solaranlage könne man nicht abschalten. Dieser Strom müsse von der KEV abgenommen werden. Zurzeit beliefere Deutschland die Schweiz mit Strom und bezahle dafür noch 1.2 Rp., dass man den Strom abnehme. Die Idee, Strom auf dem Dach der Mehrzweckhalle zu produzieren, sei zwar gut, zurzeit aber völlig unsinnig. Der Gemeinderat habe dies mit dem temporären Verzicht auf die Fotovoltaik Anlage gut überlegt. Er bittet die Versammlung deshalb, dem Gemeinderatsantrag zuzustimmen.

Paul Nicolet, CVP, schliesst sich dem Votum von Peter Lehner an. Er bittet die Versammlung dem Antrag des Gemeinderates zu folgen. Er sei entsetzt, dass die Gemeindegemeinschaft einen Antrag stelle um mehr Geld auszugeben. Man rede seit Jahren davon, Investitionen vernünftig zu planen. In diesem Fall würde Geld in etwas investiert, das man auch noch in ein paar Jahren machen könne und jetzt einfach sinnlos sei. Dass die SP Freude an der BMW-Garage mit ihrer Solaranlage habe, überrasche ihn

ein wenig. Die Gemeinde habe strenge Jahre vor sich. Die Sanierung der Pensionskasse stehe an und weitere Ausgaben, wie beispielsweise die Sanierung des Hallenbads etc. kämen auch noch. Nice to have eine Fotovoltaik Anlage auf die Löhrenackerhalle zu installieren, im Wissen darum, im Moment nichts dafür zu erhalten, mache keinen Sinn. Dieses Geld könne im Moment anderweitig besser eingesetzt werden. Die Fotovoltaik Anlage könne auch noch zu einem späteren Zeitpunkt auf dem Dach der Mehrzweckhalle installiert werden. Die Versammlung solle dem Antrag des Gemeinderates folgen.

Eveline Sprecher erklärt, dass es ein Behinderten-WC in der Löhrenackerhalle gebe. Dieses befinde sich im vorderen Bereich neben dem Damen- und dem Herren-WC.

Die Küche sei mit CHF 550'000 sicher teuer, aber nicht nur die Kücheneinrichtung koste so viel. In diesem Betrag seien die baulichen Veränderungen, welche etwa die Hälfte des Betrages ausmachten, enthalten. Die verbleibende Summe teile sich auf in CHF 110'000 fürs Kochen, CHF 40'000 fürs Kühlen und CHF 40'000 fürs Spülen.

Betreffend Fotovoltaik Anlage stelle sie eine grosse Unsicherheit, vielleicht eine Angst fest, dass die Anlage nicht realisiert werde. Man verspreche jetzt etwas und halte sich dann nicht daran. Mit der Zusage, die Anlage bei der KEV anzumelden, gebe der Gemeinderat sein Versprechen ab, die Fotovoltaik Anlage realisieren zu wollen und dies zum richtigen Zeitpunkt. Sie könne nur wiederholen, was Peter Lehner schon gesagt habe. Der Energiemarkt sei zurzeit nicht so, dass man sich mit gutem Gewissen entschliessen könne, heute eine Anlage zu installieren.

Eveline Sprecher erkundigt sich bei der Gemeindekommission, ob sie ihren Antrag richtig verstanden habe und die Gemeindekommission meine, die Fotovoltaik Anlage in Verbindung mit der bevorstehenden Hallensanierung zu installieren oder zu einem späteren Zeitpunkt, wenn der richtige Moment gekommen sei.

Marianne Hollinger bittet die Gemeindekommission um eine Erklärung.

Ernst Ruch, Präsident der Gemeindekommission, erklärt, dass es für die Gemeindekommission wichtig sei, dass der Investitionskredit heute gesprochen werde. Wann die Fotovoltaik Anlage installiert werde, sei dem Gemeinderat überlassen.

Marianne Hollinger erklärt, dass die Gemeinden per 01.01.2014 ein neues Rechnungsmodell namens HRM2 eingeführt hätten. Dieses schreibe vor, dass Kredite, welche nicht innert zweier Jahren beansprucht würden, wieder gelöscht werden müssten. Wenn man die Fotovoltaik Anlage für CHF 250'000 jetzt bauen würde, müsste man mit allen Zahlen, welche bisher bekannt seien - inklusive der Subvention, welche man in vier Jahren erhalten würde - mindestens noch mit zusätzlichen Kosten in Höhe von CHF 80'000 rechnen, weil eine Anlage so viel mehr koste, als Ertrag generiert werden könne. Zudem gebe es die Möglichkeit geeignete Dächer für Fotovoltaik Anlagen an Dritte abzugeben. Der Gemeinderat prüfe alle Möglichkeiten und käme zu gegebener Zeit mit einer Auslegeordnung an die Gemeindeversammlung. Die Firmen in Aesch Nord, welche über eine Fotovoltaik Anlage verfügen, hätten nach ihrem Wissen alle durch Dritte bauen und investieren lassen.

Paul Svoboda ergänzt, dass die Überlegung der Gemeindekommission nicht so ungeschickt sei. Man wolle ja nicht einfach Geld ausgeben. Wie von Eveline Sprecher erwähnt, werde die Anlage beim KEV angemeldet. Den Ablauf könne man auf der Seite des BFE (Bundesamt für Energie) und bei Swisscrid nachlesen. Wenn die Anlage jetzt angemeldet werde, käme man auf eine Warteliste. Die KEV-Kasse würde anfangs 2014 aufgestockt, sodass wieder Geld vorhanden sei und die Warteliste schneller abgebaut werden könne. Wenn die Anlage der Gemeinde Aesch an der Reihe sei, erhalte die Gemeinde einen Vertrag von Swisscrid. Ab diesem Zeitpunkt laufe die KEV-Auszahlung

und von diesem Moment an könne die Anlage gebaut werden. Bis zu diesem Zeitpunkt werde kein Geld ausgegeben. Die Auskunft von Marianne Hollinger basiere auf der Annahme, dass die Anlage jetzt gebaut werde und über die nächsten drei bis vier Jahre der Strom zu einem sehr schlechten Preis abgegeben werden müsse, bis die KEV gesprochen werde. Die EBM vergütet zurzeit 4 Rappen pro kWh. So erziele man eine relativ schwache Wirtschaftlichkeit. Wenn der Kredit jetzt gesprochen und die Anlage der KEV angemeldet werde und die Anlage erst nach Vertragsunterzeichnung gebaut werde, dann rechne es sich, weil die Gemeinde dann einen garantierten Strompreis erhalte, egal wie der Strommarkt in Europa aussehe. Es sei ein Vertrag, welcher über eine definierte Laufzeit einen entsprechenden Betrag garantiere, genauso wie für die Anlage auf dem Gemeindehof.

Marianne Hollinger geht davon aus, dass Paul Svoboda mit seinem Votum auch den Gemeinderatsantrag unterstützt und hat deshalb seine Äusserung so verstanden, dass er sage, dass man während vier Jahren nur 4 Rappen pro kWh erhalte und es darum keinen Sinn mache, jetzt in die Fotovoltaik zu investieren. Der Gemeinderatsbeschluss sei gefasst und die Gemeindeversammlung habe das auch so verstanden.

Paul Nicolet möchte die Verwirrung lösen. Das Votum von Paul Svoboda, dem Kredit jetzt zuzustimmen, sei sinnlos. Gemäss HRM2 müsste der Kredit innerhalb von zwei Jahren verwendet werden. Wenn es aber erst in vier Jahren losgehe, sei der Kredit verfallen.

Heidi Häring, CVP, erklärt, dass Paul Nicolet eigentlich schon gesagt habe, was sie erwähnen wollte. Wenn sie höre, dass „es sich rechnen sollte“, möchte sie bei einer Ausgabe von CHF 250'000 doch etwas genauer wissen, was sich wirklich rechnet und inwiefern sich die Investition für Aesch bezahlt machen würde.

Im Weiteren möchte Heidi Häring erwähnen, dass sie etwas überrascht und enttäuscht sei. Man höre die Mehrzweckhalle sollte dringend saniert werden. Für viele Sportler sei die Renovation dringend nötig. Sie habe damit gerechnet, dass diese Sportler heute Abend alle anwesend seien. Sie frage sich nun ob die Renovation wirklich so dringend sei, da diese gar nicht erschienen seien.

Abstimmung über den Antrag der Gemeindekommission

Es sind gleichzeitig mit der Kreditsprechung für die Sanierung der Halle CHF 250'000 als Investitionskredit für die Installation einer Fotovoltaik Anlage auf der Mehrzweckhalle zu bewilligen.

://: Der Antrag der Gemeindekommission wird mit 78 Nein gegen 11 Ja Stimmen bei einigen Enthaltungen abgelehnt.

Abstimmung über den Antrag von Peter Lehner

Für die Küche soll nur ein Betrag von CHF 300'000 anstelle CHF 550'000 ins Projekt aufgenommen werden.

://: Der Antrag von Peter Lehner wird mit grossem Mehr gegen 4 Ja-Stimmen abgelehnt.

Schlussabstimmung

://: **Dem Sanierungsprojekt Mehrzweckhalle Löhrenacker mit einem erforderlichen Investitionskredit von CHF 3'710'000 wird einstimmig bei einigen Enthaltungen zugestimmt.**

5 31.01 **Personal / Gesetze, Reglemente**

Personalreglement / Besprechung und Beschlussfassung über die Teilrevision des Personalreglements (§ 16)

Traktandum 5

Marianne Hollinger stellt der Gemeindeversammlung die Vorlage zu den Änderungen des Personalreglements analog der Erläuterungen vor. In der Hauptsache gehe es darum, Anpassungen des Aescher Reglements an das kantonale Reglement vorzunehmen. Da das Reglement wegen der Pensionskassenlösung sowieso einer Änderung bedürfe, sei es sinnvoll, gleich weitere nötige Anpassungen vorzunehmen.

Die Gemeinde Aesch habe ein eigenes Personalreglement. In den meisten Fragen, vor allem im Bereich Anstellungen und Lohn, wende Aesch das kantonale Reglement an. Dies würden fast alle 86 Gemeinden so tun. Der Kanton habe eine Änderung bei § 16 in der Formalität der Kündigung vorgenommen. Bis jetzt sei im kantonalen Reglement gestanden, dass bei einer Kündigung vorgängig eine Bewährungsfrist zwischen drei und sechs Monaten, mit strengen Auflagen, angesetzt werden müsse. Dieser Prozess sei durch eine schriftliche Verwarnung ersetzt und somit dem Vorgehen in der Privatwirtschaft angepasst worden. Dies sei einerseits eine Erleichterung für den Arbeitgeber, andererseits aber auch für den Arbeitnehmer, da eine Bewährung eine sehr belastende Situation darstelle. Dass dem so sei, zeige auch die Zustimmung im Landrat, welche praktisch einstimmig gewesen sei.

Marianne Hollinger weist darauf hin, dass sich in den Gemeindeversammlungsunterlagen ein redaktioneller Fehler eingeschlichen habe. Im Vorlagentext stehe in § 16 Abs. 5 fälschlicherweise noch „Gemeinderat“ statt „Anstellungsbehörde“. Heute sei es nicht immer der Gemeinderat, welcher für Anstellungen zuständig sei. Der Gemeinderat delegiere Anstellungen auch an die Verwaltung. Deshalb müsse es im Reglement § 16 Abs. 5 Anstellungsbehörde heissen. Marianne Hollinger fragt Ernst Ruch an, ob die Gemeindekommission der Anpassung auch zustimmen könne. Sie bittet die Versammlung der Anpassung von § 16, inkl. der kleinen rhetorischen Anpassung, zuzustimmen.

Empfehlung der Gemeindekommission

Ernst Ruch, Präsident der Gemeindekommission, erklärt, die Gemeindekommission sei vom Gemeinderat gut über die notwendige Teilrevision des Personalreglements informiert worden. Mit 11 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung empfehle die Kommission der Gemeindeversammlung der Änderung des Personalreglements § 16 zuzustimmen. Die rhetorische Anpassung sei darin enthalten.

Wortmeldungen

keine

Abstimmung

://: **Der Änderung des Personalreglements § 16 wird mit grossem Mehr gegen 1 Stimme bei wenigen Enthaltungen zugestimmt.**

6 29.02.04.01 Geschäftsprüfungskommission

Geschäftsprüfungskommission / Entgegennahme des Berichtes der Geschäftsprüfungskommission für das Geschäftsjahr 2013/2014

Traktandum 6

Christian Helfenstein, Präsident der Geschäftsprüfungskommission erklärt, dass die GPK im Grossen und Ganzen zufrieden sei. Am einen oder anderen Ort sei Verbesserungspotential festgestellt worden. Die GPK möchte ihren Bericht bei Gelegenheit noch mit dem Gemeinderat besprechen.

Heute Abend sei ihm etwas aufgefallen: Er sei immer davon ausgegangen, dass der Gemeinderat eine Kollegialbehörde sei. Er sei erstaunt gewesen, als der eine Gemeinderat einem anderen ins Wort gefallen sei. Er hätte gedacht, der Gemeinderat spreche mit einer Stimme.

Marianne Hollinger dankt Christian Helfenstein für seine Wortmeldung.

Marianne Hollinger erkundigt sich, ob die Versammlung eine Anmerkung zum Bericht der Geschäftsprüfungskommission habe. Dies ist nicht der Fall. Der Bericht wird der Geschäftsprüfungskommission verdankt.

7 26.02.03 Gemeindeversammlung / Anträge von Stimmbürgern (gem. § 68 GG)

Antrag gem. § 68 GemG: Wohnungen für alle Generationen

Traktandum 7 / Verschiedenes

Monika Schober Vollgraff stellt einen Antrag nach § 68 Gemeindegesetz:

Wohnungen für alle Generationen

Der Gemeinderat hat ein Reglement, welches gestützt auf die massgebliche Gesetzgebung in die Entscheidungskompetenz der Gemeindeversammlung fällt, auszuarbeiten beziehungsweise bestehende derartige Reglemente anzupassen und der Gemeindeversammlung zur Abstimmung zu bringen. Das Reglement hat insbesondere den folgenden Punkten Rechnung zu tragen:

Im Rahmen der Quartierplanung ist der demographischen Entwicklung Rechnung zu tragen und dementsprechend immer ein ausgeglichener Wohnungsmix anzustreben. Insbesondere ist ein Mindestanteil von hindernisfreien Wohnungen festzulegen, die den massgeblichen baulichen Normen (SIA) entsprechen.

Aesch, 17.6.2014 / Unterzeichnet: Monika Schober Vollgraff, Christine Koch

Marianne Hollinger nimmt den Antrag nach § 68 Gemeindegesetz im Namen des Gemeinderates entgegen. Der Gemeinderat wird diesen in vorgegebener Frist (längstens 6 Monate) der Versammlung wieder vorlegen.

8 26.02.03 Gemeindeversammlung / Anträge von Stimmbürgern (gem. § 68 GG)

Antrag gem. § 68 GemG: Gemeinnützige Trägerschaften beim gemeinnützigen Wohnungsbau

Traktandum 8 / Verschiedenes

Jan Kirchmayr stellt einen Antrag nach § 68 Gemeindegesetz:

Gemeinnützige Trägerschaften beim gemeinnützigen Wohnungsbau

Der Gemeinderat hat ein Reglement, welches gestützt auf die massgebliche Gesetzgebung in die Entscheidungskompetenz der Gemeindeversammlung fällt, auszuarbeiten beziehungsweise bestehende derartige Reglemente anzupassen und der Gemeindeversammlung zur Abstimmung zu bringen. Das Reglement hat insbesondere dem folgenden Punkt Rechnung zu tragen:

Im Rahmen der Quartierplanung sind beim gemeinnützigen Wohnungsbau Trägerschaften wie beispielsweise Wohngenossenschaften, Stiftungen usw. in geeigneter Form zu fördern.

Aesch, 17.6.2014 / Unterzeichnet: Jan Kirchmayr, Sibylle Probst

Marianne Hollinger nimmt den Antrag nach § 68 Gemeindegesetz im Namen des Gemeinderates entgegen. Der Gemeinderat wird diesen in vorgegebener Frist (längstens 6 Monate) der Versammlung wieder vorlegen.

9 26.02.04 Gemeindeversammlung / Anfragen

Anfrage gem. § 69 GemG: Einführung easyvote

Traktandum 9 / Verschiedenes

Sibylle Probst macht eine Anfrage nach § 69 Gemeindegesetz:

Einführung easyvote

Die kürzlich erschienene Vox-Studie hat es deutlich gezeigt: Junge Stimmbürgerinnen und Stimmbürger beteiligen sich kaum an Abstimmungen und Wahlen.

Es gibt allerdings Möglichkeiten, die Stimmbeteiligung bei jungen Menschen zu erhöhen. Beim neutralen Verein "easyvote" erstellen engagierte Jugendliche ein bewährtes Abstimmungsbüchlein für Junge, das kompakt die nationalen, sowie kantonalen Vorlagen zusammenfasst und jeweils sachlich die Pro- und Kontra-Argumente aufzeigt.

Es gibt eine Ausgabe speziell für den Kanton Baselland, welche von einigen Gemeinden, wie Allschwil und Liestal, genutzt wird.

Wir stellen uns vor, dass das Büchlein gleichzeitig wie das Wahl- und Abstimmungskuvert jeweils den Einwohnerinnen und Einwohner unter 25 mitversendet wird.

Laut Verwaltungsinformation vom 12.6.14 würde das in Aesch folgende Kosten auslösen: Kosten easyvote-Büchlein bei Versand durch easyvote: 5.00 Fr. pro Person (exkl. MwSt)

701 Stimmbürger/innen unter 25 x 5.09 Fr. 3'568.09 Fr.- pro Jahr

Es gibt keinen nennenswerten logistischen oder personellen Mehraufwand durch die Gemeinde, ausser der Lieferung der Adressen.

Wir schlagen dem Gemeinderat vor, dieses Angebot zu prüfen.

Aesch, 17.6.2014 / Unterzeichnet: Sibylle Probst und Jan Kirchmayr

Bruno Theiler merkt an, dass er jedes Jahr im Herbst die Jungbürgerfeier durchführe, zu welcher er jeweils einen jungen Politiker einlade. Für die Jungbürgerfeier 2013 wurden 125 Personen eingeladen. 23 Personen hätten sich abgemeldet, 21 angemeldet. Von den 21 Angemeldeten kamen schlussendlich 20 Personen. Er frage sich nun ob die Jugend ein Interesse an Abstimmungen habe, wenn man nicht einmal einer Einladung zur Jungbürgerfeier folge. Er appelliert an die anwesenden Erwachsenen, die Jungen an die Hand zu nehmen und zur Gemeindeversammlung mitzubringen.

Marianne Hollinger nimmt die Anfrage nach § 69 Gemeindegesetz im Namen des Gemeinderates entgegen. Der Gemeinderat wird diese ausführlich beantworten.

10 26.02.04 Gemeindeversammlung / Anfragen
 Verschiedenes / Fragestunde / Informationen

Traktandum 10

Christian Helfenstein wiederholt die Aussage von Marianne Hollinger, der Gemeinderat habe 6 Monate Zeit die § 68er zu beantworten. So wie er das Gesetz kenne, müsse der Gemeinderat das Geschäft an der nächsten Gemeindeversammlung behandeln. Die Anfrage von Jan Kirchmayr und Sibylle Probst renne bei ihm offene Türen ein. Nur finde er, dies sei etwas, das die Parteien dem Gemeinderat in Auftrag geben sollten. Die Parteien sollten ihrerseits genug Interesse haben, junge Leute nachzuziehen. Die CVP Aesch-Pfeffingen habe aufgrund ihres 100-jährigen Jubiläums beschlossen, das Anliegen von Jan Kirchmayr und Sibylle Probst mit CHF 1'500 zu unterstützen. Die anderen Parteien seien nun eingeladen mitzumachen.

Ergänzung zu Traktandum 4 / Mehrzweckhalle

Christine Koch dankt Paul Svoboda für seine zusätzlichen Informationen zum Thema Fotovoltaik Anlage bei der Sanierung Mehrzweckhalle Löhrenacker. Diese seien sehr interessant gewesen. Die Gemeindekommission habe nicht über die Information verfügt, dass gemäss neuem Rechnungsmodell HRM2 Kredite welche nicht innert zweier Jahre beansprucht werden, gelöscht werden müssen. Genau diese Information hätte die Gemeindekommission gebraucht.

Raumplanung / Quartierpläne etc. / Personalsituation Bauabteilung

Peter Augsburg erkundigt sich über die Abstimmung zum Raumplanungsgesetz betreffend verdichtetem Bauen. Aesch habe sich dahingehend geäußert, in Zukunft auch verdichtet zu bauen. Er denke, die beiden Anträge gemäss § 68 Gemeindegesetz mit Unterstützung von günstigem Wohnraum hänge auch damit zusammen, weil der Boden teuer sei und wenn man mehr auf den Boden bauen könne, könne das einzelne Wohnobjekt auch günstiger vermietet werden. Er habe auf dem Latrinenweg gehört, dass ein Mitarbeiter, welcher sich in Zukunft darum kümmern sollte, gekündigt habe. Es interessiere ihn nun, in welchem Zeitraum die Gemeinde Aesch die Raumplanung in Angriff zu nehmen gedenke. Wenn jetzt jemand gehe, brauche es auch wieder Zeit um jemanden einzuarbeiten.

Marianne Hollinger erklärt, dass verdichtetes Bauen in Aesch, wo möglich, bereits umgesetzt werde z. B. bei den laufenden Quartierplanungen (beispielsweise Birmatt mit einer Bebauungsziffer von 1.2 oder 1.3). Dies sei sehr hoch für Aesch. Bisher sei die Bebauungsziffer bei höchstens 0.8 gelegen.

Zur Kündigung könne sie offiziell sagen, dass die erwähnte Mitarbeiterin die Gemeinde verlasse. Die Raumplanungsstelle würde so nicht mehr ersetzt. Die Raumplanung würde inskünftig extern eingekauft. Somit könne die Revision des Zonenplans und des Zonenplanreglements kurzfristig in Angriff genommen werden.

Heidi Häring erklärt, dass ihre Frage zum Teil schon beantwortet worden sei. Sie wollte Roland Blöchliger fragen, wie sich die Bauverwaltung im Moment zusammensetze. Sie stelle die Frage erst jetzt und nicht beim Geschäft Sanierung Mehrzweckhalle, weil sie den Kredit als solches nicht in Frage stelle. Wenn man aber CHF 3.71 Mio. in die Mehrzweckhalle investiere, gebe das ein grosses Bauvolumen, welches gemanagt werden müsse. Sie möchte nun wissen, wie die Bauverwaltung dies managen wolle. Sie erkundigt sich ob es richtig sei, dass Aufgaben welche bisher beim Werkhof angesiedelt waren, wie das Schwimmbad, die Schulhäuser etc., neu von der Bauabteilung betreut würden. Gleichzeitig höre man, dass Mitarbeiter die Bauverwaltung verlassen oder Stellen noch nicht besetzt würden. Das gebe zu denken. Auch das Gebäudemanagement werfe Fragen auf.

Matthias Gysin erklärt, dass in Aesch eine rege Planungs- und Bautätigkeit herrsche, welche die Bauverwaltung stark belaste. Es sei auch so, dass die eigenen Projekte der Gemeinde Aesch einen grossen Aufwand in der Begleitung erfordern würden. Man sei sich bewusst, dass ein grosser Aufwand auf die Bauverwaltung zukomme und habe darum eine Organisationsentwicklung gemacht. Dabei sei man zum Schluss gekommen, dass inskünftig mehr Gewicht auf das Gebäude- und Grundstückmanagement gelegt werden müsse. Darum werde eine neue Abteilung aufgebaut, welche sich speziell mit dem Gebäude- und Grundstückmanagement auseinandersetze und so gewährleiste, dass die steigenden Anforderungen nicht zu einer Überlastung der Bauverwaltung führen würden.

Marianne Hollinger erklärt, dass das Thema gerne an einer der nächsten Gemeindeversammlungen behandelt werden könne und man dabei dann aufzuzeigen könne, wie die Organisation der Verwaltung generell aussehe.

Zum § 68 Gemeindegesetz habe man in der Zwischenzeit nachgeschaut, in welchem Zeitrahmen diese behandelt werden müssten. Der Gemeinderat habe zwei Möglichkeiten: Entweder könne er an der nächsten Gemeindeversammlung eine Erheblicherklärung traktandieren oder innerhalb eines halben Jahres direkt eine Vorlage bringen.

Verabschiedungen aus der Gemeindekommission

Marianne Hollinger verabschiedet Armin Hauser, Mitglied der Gemeindekommission, welcher nach über acht Jahren seinen Rücktritt bekannt gegeben hat. Sie habe Armin Hauser als sehr engagierten, aber auch kritischen Politiker kennen gelernt. Sie dankt Armin Hauser für seinen Einsatz und wünscht ihm eine gute Zeit ausserhalb seines politischen Engagements.

Es gebe einen weiteren Rücktritt aus der Gemeindekommission zu vermelden. Es sei dies Peter Lehner, Parteipräsident der SVP Aesch-Pfeffingen, welcher ebenfalls dieses Jahr zurück getreten sei, aber als Parteipräsident und als Bürger von Aesch erhalten bleibe. Auch er hätte grosse Verdienste als langjähriges Mitglied der Gemeinde- und Geschäftsprüfungskommission. Sie danke Peter Lehner für sein Engagement und wünsche ihm alles Gute.

Marianne Hollinger dankt dem Werkhof für die schöne Blumendekoration und dem Trachtenverein für den Service beim Apéro. Sie wünscht schöne Ferien und dankt allen ganz herzlich für ihr Erscheinen.

Schluss der Versammlung: 22.00 Uhr

Für die Richtigkeit:

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG AESCH

Präsidentin

Verwaltungsleiter-Stv.

sig.

sig.

Marianne Hollinger

Christian Wehrly